

# GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

**Abonnement.** Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ztg.-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

**Redaktion:** Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 25. Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 23, Telefon: Ami Norden, 5846, Druck u. Expedition: Conrad Müller, Schwanstraße, Augustastr. 8. — Redaktionsschluß: Montag.

**Insertion.** Für die viergespaltene Feilzeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Verlagsmitglieder sowie Verbandsmitglieder 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft.

## Inhalt:

**Hauptteil:** Bekanntmachungen. Das Problem des inneren Marktes. Rundschau. Genossenschaftliche Monatsschau. Handelspolitik und Schutzzölle. II. Krieg, Kriegslasten, Volkswirtschaft und Sozialpolitik. — **Allgemeines:** Die Arbeitslosigkeit in unserem Verbands, I. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan! Über unsre Kraft. Brief aus Chile. Ortsberichte: München. — **Der Lithograph:** Zeichneragitation, I. Aus den Sektionen: Berlin. — **Der Steindrucker:** Aus den Sektionen: Leipzig. — **Die photomech. Fächer:** Christliche »Taktik«. Lichtdrucker, Tiefdruck und Chemigraphentarif. Aus den Sektionen: Leipzig (Chemigr.). — **Anzeigen.**

## Bekanntmachungen.

### Wahl von Verbandsangestellten.

Für den Posten des **Berliner Steindrucker-Vorsitzenden** hatten sich drei Mitglieder gemeldet. Die Wahl wurde von einer Generalversammlung der Berliner Steindrucker-Filiale vorgenommen und fiel auf den Kollegen **Gustav Hoffmann**, Berlin, Mitglied seit 1. November 1896. Der Hauptvorstand und der Zentralausschuß traten dieser Wahl bei.

Für den Posten eines **Karothekars im Hauptvorstand** hatten sich 88 Mitglieder gemeldet, und zwar 37 Steindrucker, 31 Lithographen, 10 Chemigraphen, 7 Lichtdrucker, 2 Formstecher und ein Tiefdrucker. Da nach dem Beschluß der Stuttgarter Generalversammlung unter gleichartigen Bewerbern ein Chemigraph den Vorzug haben sollte, wurde der Kollege **Arthur Gerhardt**, Chemigraph, Berlin, Mitglied seit 16. Dezember 1899, gewählt.

Wir geben dies hiermit allen Mitgliedern zur Kenntnis und sagen allen Bewerbern besten Dank.  
**Der Zentralausschuß:** Der Hauptvorstand:  
I. A. Richard Hickmann. I. A. Otto Sillier.

## Das Problem des inneren Marktes.

In den letzten 10 bis 20 Jahren hat Deutschland bekanntlich große Fortschritte gemacht in der Kartellierung und Verkrüftung der Industrie. Gewaltige Unternehmerverbände existieren heute gerade in der Eisen- und Kohlenindustrie, die für die Gestaltung der Konjunktur maßgebend sind, und innerhalb der Verbände wachsen sich die einzelnen Werke durch Verschmelzung, Angliederung, gegenseitigen Aktienankauf usw. zu riesigen Trusts aus. Da nun einer der wesentlichsten Vorteile der organisierten Unternehmung die Regelung der Produktion und damit die Verhinderung der Krisen sein soll, da wir aber gleichwohl schon wieder am Beginn einer schweren Krise stehen, so lohnt es wohl, der Frage, ob und wie die Kartellierung der Industrie den Krisen vorbeugen kann, einmal näher zu treten.

Man wird heute kaum noch einem Widerspruch begegnen, wenn man es ausspricht, daß die Krise lediglich ein Problem des inneren Marktes ist. Die Krise bricht aus, weil ein Mißverhältnis vorhanden ist zwischen Produktion und Konsum: es wird mehr produziert als konsumiert. Dem könnte abgeholfen werden entweder durch Einschränkung der Produktion oder durch Steigerung des Konsums. Die kapitalistische Wirtschaft denkt selbstverständlich nur an den ersteren Weg; sie spricht nur von »Überproduktion«, während es an sich

Alle für die Redaktion bestimmten Sendungen sind von jetzt ab zu adressieren an  
**PAUL BARTHEL, BERLIN N 24,**  
Elsasserstraße 86—88<sup>III</sup>.

viel richtiger wäre, von zu geringem Konsum zu reden. Denn niemand wird im Ernst behaupten wollen, daß die vorhandenen Waren, und selbst wenn es noch viel mehr wären, von der Bevölkerung nicht konsumiert werden könnten; es fehlt ihr nur am nötigen Gelde. Würde es gelingen, die Masse des Volkes kaufkräftiger zu machen, so wäre mit einem Schiage jede Überproduktion und folglich auch jede Krise beseitigt. Es brauchten nur pro Kopf der Arbeiterbevölkerung 100 Mark jährlich mehr ausgegeben zu werden — was wahrlich nicht viel ist — und sofort würden für 6 Milliarden Waren mehr gebraucht! Aber dazu wäre nötig entweder eine entsprechende Steigerung der Löhne oder eine entsprechende Senkung der Warenpreise. Wir brauchen hier nicht zu erörtern, daß und warum das Kapital beides nicht will. So bleibt ihm nur der Versuch der Produktionseinschränkung. Und um den Einfluß der Kartelle auf die Krisen zu erkennen, werden wir untersuchen müssen, wie sie auf die Produktionseinschränkung, auf die Warenpreise und auf die Arbeitslöhne wirken.

Durch die bloße Andeutung dieser Fragen dürfte die Sache für den denkenden Arbeiter schon entschieden sein. Die Kartelle sollen die Überproduktion verhindern, das soll sogar ihr eigentlicher Zweck sein. In der Praxis aber haben sie bisher noch stets das Gegenteil erreicht. Siehe Kohlsyndikat, Kalksyndikat, Stahlwerksverband. Der Hergang ist auch leicht erklärlich. Das Syndikat bestimmt von Jahr zu Jahr, wieviel insgesamt produziert werden soll, und dieses Gesamtquantum wird auf die beteiligten Werke verteilt. Natürlich kann aber die Beteiligungsziffer nicht einfach für alle Teilnehmer gleich sein, sondern sie richtet sich nach der Größe des Werks, nach seiner Leistungsfähigkeit, nach dem darin angelegten Kapital, das sich verwerten soll. Folglich sind die größeren Werke in gewaltigem Vorteil gegenüber den kleineren, und es liegt darin der Anreiz für jeden Teilnehmer, seine Anlagen unausgesetzt zu vergrößern und auszubauen, um das nächste Mal eine größere Beteiligungsziffer zu kriegen. Dazu kommen die Outsider, die von den hohen Preisen, die das Syndikat erreicht, mit profitieren und deshalb ihre Produktion ebenfalls fortwährend steigern. So ist es gekommen, daß die Kartelle und Syndikate die Überproduktion noch verschärft haben.

Über den zweiten Punkt, Warenpreise, ist kaum ein Wort zu verlieren. Das war ja die eigentliche Absicht bei Gründung der Syndikate, das war der treibende Anlaß, die Preise zu steigern, und wie sehr das gelungen ist, zeigen die Erfahrungen in Eisen, Kohle und Kali. Man braucht nur daran zu erinnern, daß die Preise der Ruhrkohle seit 1893 (Gründungs-

jahr des Syndikats) zum Teil verdoppelt worden sind.

Blieben endlich die Löhne. Da wagen sogar die Scharfmacher heute nicht mehr zu behaupten, daß es hohe Löhne seien, die den Arbeitern durch die Kartelle gewährleistet werden; nur von »stetigen« Löhnen reden sie. In der Tat, in den kartellierten Eisenwerken des Ruhrbezirks betragen die Durchschnittslöhne 1910 1100—1400 Mk., in Oberschlesien 1000—1100 Mark. Wer wollte da von hohen Löhnen reden!

Es ließen sich noch viele Einzelangaben machen, die wir jedoch bei unseren Lesern im großen und ganzen als bekannt voraussetzen dürfen. Und so bekommen wir folgendes Ergebnis:

Die Produktionsfähigkeit ist durch die Kartellierung der Industrie bedeutend gesteigert worden; damit natürlich auch der Drang des Kapitals, immer noch mehr und mehr zu produzieren, um eine »angemessene Verwertung« zu erzielen. Dies bedeutet eine beträchtliche Steigerung der Überproduktion. Zu gleicher Zeit sind die Warenpreise gewaltig gestiegen, die Löhne sind aber jedenfalls nicht höher geworden. Die Lage am inneren Markt hat sich also ganz gewaltig verschlechtert. Noch größere Massen von Produkten stehen zur Verfügung und können nicht konsumiert werden, weil sie teurer sind als früher. Was Wunder, daß von einer Milderung oder gar Beseitigung der Krisen nichts zu spüren ist!

Dabei darf man jedoch nie vergessen, daß die organisierte, geregelte Produktion an und für sich selbstverständlich ein Mittel sein könnte, um den inneren Markt zu regeln und damit die Krisen zu beseitigen. Aber dazu wäre nötig, daß die Produktion im Interesse der Gesamtheit geregelt, also dem Bedarf angepaßt würde, statt daß sie nur den Zweck verfolgt, die Profite der beteiligten Kapitalisten zu steigern. jb.

## Rundschau.

**Von der Firma Künstler-Press und Etketten-Druckerei und -Verlag, Wilhelm Hyl, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Barmen, meldet die »Barmer Zeitung«:** »Die Gesellschaft ist aufgelöst. Liquidator ist Buchrevisor Wilhelm G. Thölen in Barmen.« Der Inhaber der aufgelösten Firma, früher Mitinhaber der Firma Hyl & Klein in Barmen, war lange Zeit hindurch Kreisvertreter des Schutzverbandes Deutscher Steindruckerbesitzer, in welcher Eigenschaft er unsere Organisation mit allen Mitteln, allerdings erfolglos und ergebnislos, bekämpfte.

**Geschäftsergebnisse.** Der Aufsichtsrat der Vereinigten Stralsunder Spielkarten-Fabriken, Akt.-Ges., in Stralsund hat beschloßen, der Generalversammlung für das am 30. Juni zu Ende gegangene Geschäftsjahr wiederum eine Dividende von 8 Proz. vorzuschlagen. — Die Aktiengesellschaft für parmazeitliche Bedarfsartikel, vorm. Georg Wenderoth in Cassel gedenkt für das abgelaufene Geschäftsjahr eine Dividende von 6 Proz. (gegen 4 Proz. i. V.) zu verteilen, während in den Berlin-Neuroder Kunstanstalten, A.-G. in Berlin für das abgelaufene Geschäftsjahr 4 (i. V. 2) Proz. in Aussicht genommen ist.

**Der Arbeitsmarkt im September** war nach dem »Reichsarbeitsblatt« überwiegend befriedigend, wenn auch minder günstig als im Vorjahre. Es



### Generalversammlungen und Kongresse.

**Internationale Konferenz der Gemeinde- und Staatsarbeiter.** Vom 23. bis 25. September tagte in Zürich eine internationale Konferenz der Gemeinde- und Staatsarbeiter, auf der 10 Landesverbände durch 30 Delegierte vertreten waren. Der Internationale der Gemeinde- und Staatsarbeiter gehörten 1912 75000 Arbeiter an. Auf der Konferenz erklärten auch die Engländer ihren Beitritt, wodurch sich die Mitgliederzahl um 26000 auf mehr als 100000 erhöht. Beschlossen wurde eine Erhöhung der Beiträge an das Sekretariat von 3 auf 5 Cents. pro Mitglied und Jahr. Die Konferenz befaßte sich eingehend mit dem Koalitions- und Streikrecht der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Als Sitz des Sekretariats wurde wieder Berlin und als nächster Kongreßort London bestimmt.

### Genossenschaftl. Monatsschau.

Berlin, den 3. November 1913.

*Die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine und die Buchdrucker. Konflikt im Mai d. J.; zur Verständigungserklärung; eine Extratur der Herren Kaufmann und Dr. Müller; Material für die Scharfmacher; die Preisfrage; die Dreieinigkeit der modernen Arbeiterbewegung; eine neue Verständigung; Arbeiterbetrieb und Unternehmerorganisation.*

In Nr. 21 unseres Blattes wurde in der »Rundschau« über einen Konflikt berichtet, der in der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg zwischen der Geschäftsleitung und den Buchdruckern ausgebrochen war. Die Notiz lautete:

»In der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg haben am 2. Mal alle 78 organisierten Buchdrucker gekündigt. Die Differenzen entstanden aus dem Verlangen der Geschäftsleitung, auch die Buchdrucker sollten alle, wie die übrigen Arbeiter, der Unterstützungsvereinigung der Konsumgenossenschaft angehören. Drei Buchdrucker wurden entlassen, weil sie die Mitgliedschaft nicht erwerben wollten. Das Tarifschiedsgericht ließ die Ansicht der Verlagsgesellschaft, die Entlassung sei tarifgemäß ohne Angaben von Gründen erfolgt, nicht gelten und entschied, daß die Entlassung tarifwidrig sei. Die Kollegen der Gemäßregelten verlangten nun die Wiedereinstellung der drei Betroffenen. Das Tarifschiedsgericht aber kann die Verpflichtung des Unternehmers zur Wiedereinstellung nur bei gemäßigtem Vertrauensleuten aussprechen. Eine Vermittlung der Tarifinstanzen blieb vorerst ohne Erfolg, so daß die Buchdrucker am 10. Mai aus dem Betriebe ausschieden. Am 15. Mai wurde jedoch eine Verständigung erzielt und die bedauerliche Differenz wieder beigelegt.«

In der in Nr. 22 der »Gr. Pr.« veröffentlichten »Genossenschaftlichen Monatsschau« vom 26. Mai 1913 kam der Monatsschau auf diesen unangenehmen Zwischenfall noch einmal zurück, wobei betont wurde, daß es tief bedauert werden müsse, »wenn den Gegnern der Konsumgenossenschaftsbewegung aus dieser selbst Material geliefert wird, wie es durch den Konfliktfall zwischen Buchdruckpersonal und Geschäftsleitung der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg geschah.« Hierauf wurde die Erklärung, auf deren Grundlage die am Schluß der Rundschau mitbekommene Verständigung erzielt worden war, im Wortlaut veröffentlicht und dazu bemerkt: »Damit wäre also der Konflikt, wie es in der offiziellen Friedenserklärung heißt, zur beiderseitigen Zufriedenheit beigelegt worden. Er hätte überhaupt nicht ausbrechen können, wenn die erwähnten drei Buchdrucker, die den Beitritt zu der vom gesamten Personal anerkannten Unterstützungs-kasse verweigerten, etwas mehr Gemeinsinn und genossenschaftliches Denken betätigt hätten. Daß es ihnen abging, gab aber auch der Geschäftsleitung kein Recht, sie zur Liebe zu zwingen und, als ihr das nicht gelang, sie kurzerhand zu entlassen. Auch hätte u. E. nach dem Ausbruch des Konflikts noch vor Ablauf der Kündigung der 78 Gehilfen eine Verständigung möglich sein müssen, wenn sich die Geschäftsleitung von vornherein auf Verhandlungen eingelassen hätte. Zu wünschen bleibt demnach, daß in Zukunft derartige Konflikte in genossenschaftlichen Betrieben nicht mehr vorkommen möchten. Wo sie trotzdem ausbrechen, muß durch rechtzeitige Verhandlung und Verständigung dafür gesorgt werden, daß den Gegnern nicht Wasser auf die Mühle geleitet wird.«

Die Verständigungserklärung war vereinbart worden zwischen dem Verbands der deutschen Buchdrucker, vertreten durch Emil Döblin, und der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine, vertreten durch Heinrich Kaufmann und Dr. Aug. Müller. Leider haben die beiden letztgenannten Herren die Hoffnung, daß der bedauerliche Zwischenfall damit endgültig erledigt sei, aus kleinlicher Rechthaberlei und unüberbleibbarem Unfehlbarkeitsdünkel wieder zunichte gemacht und der genossenschaftlichen Sache einen zweiten Bärendienst erwiesen. Die Leitung der Verlagsgesellschaft, die in den Händen der Herren Kaufmann und Dr. Müller liegt, beruhigte sich bei der von diesen beiden Herren mitunterzeichneten Verständigungserklärung noch lange nicht. Sie ließ sich zunächst noch von den Tarifinstanzen der Buchdrucker besänftigen, daß die Massenkündigung tarifwidrig war, obwohl das die Gehilfen und der Verbandstag der Buchdrucker schon zugegeben hatten. Dann unterstützte sie das Bestreben der Hamburger Buchdruckunternehmer, den Konflikt gegen die Gehilfen scharfmacherisch auszunutzen.

Die Unternehmer faßten nach Darlegungen der Vertreter der Verlagsgesellschaft denn auch richtig eine Resolution, in der es heißt: »Daß der Arbeitsnachweis nicht in der Lage gewesen ist, die erforderliche Anzahl von Gehilfen zu beschaffen, daß somit eine Reorganisation der Arbeitsnachweise nötig ist; daß der Organisationsvertrag nicht ausreicht, um der Firma für die ihr entstandene Schädigung Ersatz zu bieten. Der Schaden, der durch Tarifbruch entsteht, müßte von der Partei ersetzt werden, die den Tarifbruch verschuldet hat.« Die Leitung eines Arbeiterunternehmens hat also dem Scharfmachertum den Anstoß gegeben und das Material geliefert zur Geltendmachung der Forderung, den paritätischen Arbeitsnachweis zum Streikbrechervermittlungsbureau zu degradieren, und die Gewerkschaften gegebenenfalls für den Schaden, der durch Tarifbruch entsteht, ersatzpflichtig zu machen, wobei nicht vergessen werden darf, daß dieser »Tarifbruch« erst durch das unverständl. rigorose und selbst von dem Tarifschiedsgericht als tarifwidrig charakterisierte Verhalten der Leitung der Verlagsgesellschaft gegenüber den drei Buchdruckern ausgelöst worden war.

In der »Konsumgenossenschaftlichen Rundschau« hat dann die Leitung der Verlagsgesellschaft ihren Standpunkt zu verteidigen versucht und die Gaulteile des Buchdruckerverbandes als die Störenfriede hingestellt. Selbstverständlich hat der »Korrespondent« der Buchdrucker darauf geantwortet und die Folge war eine lebhafteste Preisfehde, an der sich auch eine Reihe anderer Arbeiterblätter beteiligten, die fast ausnahmslos das Verhalten der Leitung der Verlagsgesellschaft entschieden verurteilten. Neben der reinen Unternehmerpresse suchte eigentlich nur noch der bekannte Genossenschaftler Professor Staudinger für die Herren Kaufmann und Dr. Müller eine Lanze zu brechen durch den verunglückten Versuch, die Konsumgenossenschaften nicht als Arbeiterbetriebe gelten zu lassen, sondern sie als »sozialistische Unternehmerbetriebe« zurechtzuphilosophieren, und die gewagte Behauptung aufzustellen, daß die Macht des Kapitals gewissermaßen nur durch die Konsumgenossenschaften gebrochen werden könne.

Wir unterschätzen die Bedeutung der Genossenschaftsbewegung gewiß in keiner Weise. Aber wir müssen uns doch auch entschieden dagegen wenden, sie sozusagen als alleiniges Allheilmittel in dem proletarischen Befreiungskampfe hinzustellen, weil darin auch eine völlige Verkennerung der gewerkschaftlichen und politischen Betätigung der Arbeiterklasse liegt. Auf jedem dieser drei großen Gebiete der modernen Arbeiterbewegung muß vielmehr die Arbeiterschaft mit ganzer Kraft ihre Pflicht erfüllen, wenn sie die Macht des Kapitalismus brechen und zur Sozialisierung der Gesellschaft gelangen will. Das schließt aber in sich, daß die politische Arbeiterpartei, die Gewerkschaften und die Genossenschaften, jede auf ihrem Gebiete und mit ihren Mitteln, durch ein friedliches Nebeneinanderarbeiten dem gemeinsamen Ziele entgegenstreben müssen und daß jeder Versuch, Konfliktsstoff zwischen diese drei Zweige der modernen Arbeiterbewegung zu tragen, entschieden verurteilt werden muß.

Wir begrüßen es daher auch, daß der Zwischenfall in der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine vom Mai d. J., der durch die Schuld der Leitung der Gesellschaft trotz der damaligen Verständigung erneut aufgeführt wurde, und bis jetzt nicht zur Ruhe kommen konnte, zu einem neuen Verständigungsversuch geführt hat, der auch ein Ergebnis zeitigt zu haben scheint. Ende Oktober fand eine neue Konferenz beider Parteien statt, auf der folgende Erklärung vereinbart wurde: »Nach einer beide Teile befriedigenden Erledigung der in den Verhandlungen vom 15. Mai 1913 verfertigten Beschwerden des Buchdruckpersonals der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. fand am Montag, den 27. Oktober 1913, eine Sitzung statt, an der als Vertreter des Deutschen Buchdruckerverbandes die unterzeichneten E. Döblin, W. Dreier und Fr. Runtzer, als Vertreter der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. die unterzeichneten geschäftsführenden Vorstandsmitglieder Heinrich Kaufmann, Dr. August Müller, Hugo Bästlein und der Vorsitzende des Aufsichtsrates, A. v. Elm teilnahmen. Die Beteiligten haben sich über alle schwebenden Differenzen eingehend ausgesprochen und festgestellt, daß manche Mißverständnisse dazu beigetragen haben, die Situation gegen den Willen der Beteiligten zu verschärfen. Alle Mißverständnisse sind zu beiderseitiger Zufriedenheit durch die gegebene Aufklärung beseitigt. Die Unterzeichneten ersuchen deshalb, die Auseinandersetzungen über die Differenzen in der Presse und in den Versammlungen in allseitigem Interesse einzustellen. Beide Organisationen verständigten sich dahin, daß, falls in Zukunft größere Differenzen wieder vorkommen sollten, die Zentralleitungen beider Organisationen versuchen sollen, sie in freundschaftlicher Weise zu erledigen.«

Es wäre ganz besonders im Interesse der Konsumgenossenschaftsbewegung dringend zu wünschen, daß damit der unertreuliche Konflikt tatsächlich und endgültig erledigt ist und daß sich ähnliche Zwischenfälle niemals wiederholen. Sie werden ausgeschlossen sein, wenn sich die Leitung der Verlagsgesellschaft nicht als die Leitung eines

»sozialistischen Unternehmerbetriebes«, sondern eines durchaus genossenschaftlichen und demokratischen Arbeiterbetriebes fühlt und wenn sie es ein für alle mal aufgibt, mit den Unternehmerorganisationen zu teufelmedeln, in oder bei denen die Leitung eines reinen Arbeiterunternehmens absolut nichts zu suchen hat. Das zu betonen hielten wir für notwendig, da die Verlagsgesellschaft jetzt auch Lithographie und Steindruck einrichtet. Jedenfalls wäre es ein Hohn auf die Arbeiterbewegung, wenn die Leitung der Verlagsgesellschaft dann zu dem Schutzverbande der scharfmacherischen Steindruckunternehmer in ein ähnliches herzliches Einvernehmen treten würde, in dem sie zu der Unternehmerorganisation im Buchdruckgewerbe bis in die jüngste Zeit gestanden hat. ××

### Handelspolitik und Schutzzölle.

II.

Die Vorgänge, die innerhalb des Weltverkehrs die Produkte gegeneinander austauschen, nennen wir den Handel. Bestimmte historische und wirtschaftliche Momente zwingen die Länder, sich im steigenden Maße am Welthandel zu beteiligen. Diesem Streben werden aber große und schwere Hindernisse in den Weg gelegt, die sich auf dem Fundament wirtschaftlicher Tatsachen entwickelt haben. Und das, was wir im engeren Sinne »staatliche Handelspolitik« nennen, ist ein System, nicht etwa den Handel zu erleichtern, sondern ihn geradezu zu erschweren. Diese Handelspolitik ist förmlich ein raffiniertes System, die Schranken des Weltverkehrs zu erhöhen.

Die staatliche Handelspolitik ist ein System von staatlichen Maßnahmen, die in den weltwirtschaftlichen Verkehr eingreifen. Damit ist nicht gesagt, daß diese Eingriffe helfend, verbessernd sein müssen. Welt mehr ist dieses Eingreifen in der Praxis ein Angriff geworden. Die Handelspolitik hat sich in ihrer Entwicklung recht vielseitig gestestet! Wir beginnen zunächst damit, zu betrachten, wie die staatlichen Gewalten Schranken errichteten, die gesetzliche Kraft haben. Hierher gehört vor allem der Zoll!

Schon im Mittelalter finden wir eine Steuer, die auf den Verkehr gelegt war und an der Grenze des Landes oder an den Eingängen der Stadt erhoben wurde. Sie war vielfach eine Abgabe für die Benutzung bestimmter Wege, Brücken etc. und war als Entschädigung für deren Sicherung und Instandhaltung bestimmt. Weit bis in die Neuzeit hinein war diese Steuer wirklich notwendig. Aber auch die Ritter benutzten diese Form der Abgaben, um sich in äußerlich moralischer Weise in den Besitz des Geldes der Handelsleute zu setzen, und sie wurden zu Raubrittern und Wegelagerern.

Mußte aber der Kaufmann hohe Zölle, häufig genug bis zu 100 Prozent, auf seine Waren zahlen, so konnte er nicht anders, als diese 100 Prozent auf seine Waren aufzuschlagen, sie also um soviel zu verteuern. Die Zölle sind also von Haus aus nichts weiter als erzwungene Abgaben für bestimmte Zwecke. Man unterschied schon früher Grenzzölle und Binnenzölle. Die Letzteren haben sich bis in die heutige Zeit erhalten, wo sie als Oktrois an der Grenze der Stadt oder des Dorfes auf bestimmte Waren erhoben werden.

Wir kennen verschiedene Arten von Zöllen.

Die Finanzzölle haben nur den Zweck, für den Staat eine Einnahme zu erzielen, ohne für die inländische Wirtschaft einen Vorteil zu bringen. Sie werden nur auf Waren gelegt, die nicht im Inlande hergestellt werden. Der Finanzzoll ist daher nur ein Verteuierungszoll.

Der Schutzzoll als Einführungszoll soll einen Schutz bedeuten für die einheimische Produktion. So hat z. B. der Weizen einen Vertragssoll von 55 Mark. Dieser Betrag fließt nicht nur in die Reiskasse, sondern in demselben Maße bringt er den einheimischen Weizenproduzenten einen Extraprofit über die Produktionskosten hinaus. Man begründet das ungefähr wie folgt: Wenn dieser Schutzzoll nicht wäre, dann würden nicht nur die guten Agrarverhunger, sondern alle Menschen in Deutschland. Der Schutzzoll ist eine doppelte Last! Denn einmal verteuert er die eingeführten Lebensmittel, und das andere Mal verteuert er auch die im Inlande produzierten Artikel. Die deutschen Produzenten schlagen diese Zollsumme auch auf ihre Waren auf, um diese um so viel teurer verkaufen zu können. Darin liegt die Gemeingefährlichkeit dieser Zölle.

Man unterscheidet ferner Agrarzölle und Industriezölle. Beides sind Schutzzölle. Dann erhebt man auch noch Durchfuhrzölle, wenn z. B. russischer Weizen nach Frankreich gesandt werden soll. Diese Zölle sind aber fast ganz abgekommen, weil man gesehen hat, daß dann die Waren einfach einen Bogen um das betreffende Land machen.

Alle diese Zölle sind gesetzlich beschlossen. Weil die Paragraphen im wesentlichen aus Zahlen bestehen, so nennt man diese Zollgesetze Zolltarife.

Ein Zolltarif zerfällt in Zollpositionen, von denen jeder Teil einen Zollsatz ausmacht. Ferner gehört dazu die Zollordnung oder das Regulative. Dieses bestimmt die Art der Erhebung und alle anderen technischen Einrichtungen. Neben dem spezifischen Zoll, dem Gewichtszoll, haben wir auch noch den

Wertvoll, der vom Werte der Waren erhoben wird. Weil aber der Wert schwankt, ist man mehr und mehr dazu übergegangen, den spezifischen Zoll zu erheben. Dadurch werden die Einnahmen des Staates gesicherter.

Bel den Tarifen unterscheiden wir den sogenannten *autonomen Tarif* und den *Vertragstarif*. Der autonome Tarif wird von einem Staate aufgestellt ohne Verständigung mit den davon betroffenen Staaten. Dagegen wird der Vertragstarif durch gegenseitigen Vertrag zwischen den in Frage kommenden Kontrahenten festgelegt. Aber auch in dem autonomen Tarif befindet sich immer die Bestimmung, daß er durch Verhandlungen zu einem Vertragstarif werden kann.

Wenn nun über den Abschluß eines solchen Tarifes verhandelt wird, so handelt man in Wirklichkeit um die Preise der Waren, denn durch die Tarifsätze werden die Preise zum guten Teil bestimmt.

Nun findet man auch oft das Wort: *Generaltarif* oder *autonomen Tarif* und *Konventionaltarif* oder *Vertragstarif*. Den ersten nennt man auch, weil er die höchsten Sätze enthält, *Maximaltarif*. Der Konventionaltarif enthält die niedrigsten Sätze und wird daher auch *Minimaltarif* genannt. Dazwischen gibt es nun noch den *Differenzialtarif*, der je nach dem Ursprungsland in verschiedener Höhe erhoben wird. Dieser Zustand kommt besonders bei einem Zollkrieg in Frage.

Wichtig ist nun, daß aus diesen Zollverträgen die Handelsverträge entstehen. Solche Handelsverträge enthalten aber noch etwas mehr als die Zollsätze. Die beiden vertragschließenden Staaten garantieren sich gegenseitig die Handelsfreiheit. So müssen die deutschen Kaufleute in Rußland genau so behandelt werden, als umgekehrt die russischen in Deutschland. Zweitens enthalten diese Verträge die Klausel über die Niederlassungsfreiheit, d. h. sie garantieren sich gegenseitig, daß sich die Bürger des einen Staates im andern niederlassen können, Häuser bauen, Grund und Boden erwerben dürfen usw. Eine dritte Klausel endlich bestimmt, daß jede Vergünstigung, die einer der beiden Staaten einem dritten gewährt, auch dem andern am Verträge beteiligten Staate ohne weiteres zu gute kommen muß.

### Krieg, Kriegslasten, Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Wie diese Dinge in einem gewissen Zusammenhange stehen oder wie Kriegslasten auf Volkswirtschaft und Sozialpolitik wirken, möchten wir in den nachstehenden Zeilen und an der Hand authentischen Materials unseren Lesern vor Augen führen. Daß heute immer noch selbst bei ruhigen und gar nicht mordtätig veranlagten Leuten der Krieg als ein natürliches Gesetz der Menschheit und die Weltfriedensidee als eine Utopie betrachtet wird, ist vielleicht das größte Hindernis für die Verbreitung der Erkenntnis, daß der Krieg nicht auf den Bewegungsgesetzen der Menschheit beruht. Man behauptet, daß, so lange es menschliche Leidenschaften gibt, die Kriege sich niemals werden unterdrücken lassen; aber wie das mittelalterliche Faustrecht des Individuums dem Gesetzrecht hat weichen müssen, so wird auch das Faustrecht der Völker den völkerrechtlichen Normen Platz machen müssen. Heute wirkt das Kriegsgepenst noch mit der Kraft einer Massenpsyche oder mit anderen Worten, das Kriegsgepenst erlangt auf die Völker eine Macht wie jede andere Furcht. Derart große soziale Krankheitserscheinungen haben wir zu allen Zeiten beobachtet können. Wer hätte im Altertum geglaubt, daß jemals die Sklaverei beseitigt werden könnte. Wie man im Mittelalter Pest und Hungernot als unabwendbare Geißeln des Menschenschicksals für alle Zeiten betrachtete, ebenso Strauchrittertum und Hexenwahn. Als die Fürsten im Zeitalter der »Aufklärung« mit nächstem Absolutismus und in verschwenderischer Prunksucht regierten und Gut und Blut ihrer »Untertanen« für perverse Geiztölpel hinopfert, nahm man das ebenfalls als göttliche Weltordnung hin. Und heute, nun heute ist an die Stelle dieser Dinge als volkerwüstende Geißel der Militarismus getreten. Ist gerade unter Hinweis auf den Krieg der Balkanstaaten die politische Weltfriedensidee eine Utopie, weil diese Staaten das Schwert gezogen haben? Hätten nur die Großmächte vor Ausbruch der Feindseligkeiten die nötige Einigkeit und Stärke gefunden, unendliches Blutvergießen, Schladten und Morden wäre vermieden worden und eine friedliche Lösung des schwierigen Problems hätte gefunden werden können. Es ist daher durchaus heute schon möglich, daß das Schwert nicht das Wort zu sprechen braucht. Ist es nicht denkbar, daß auf dem Wege gegenseitiger Verständigung völkerrechtliche Schranken errichtet werden, welche die Möglichkeit der Kriege in den Hintergrund drängen, weil das Bewußtsein den Völkern aufgegangen ist, daß das sogenannte nationale Ehrgefühl ein schwankender, nicht ein feststehender Begriff ist? Bei aufrichtigem Willen der Völker werden sich manche völkerrechtlichen Schwierigkeiten durch friedliche Intervention austragen lassen, die nach heutigen Begriffen nur durch Pulver und Blei gelöst werden können. Aus was sind schließlich alle Kulturwerte herausgewachsen als aus dem tiefsten Begehren, sie an Stelle der Unkultur zu

setzen. Müßten nicht einst die Errungenschaften der Zivilisation jede als Samenkorngestreuert werden, um lange nachher fruchtbar aufzugehen? Der Generalsekretär der Interparlamentarischen Union, Chr. L. Lange (Brüssel) wies vor einiger Zeit in einem Aufsatz: »Europa« in der »Frankfurter Zeitung« auf die unverkennbar großen Dienste hin, welche der Haager Schiedsgerichtshof, dessen Wirken so gerne als bloße Spielerei hingestellt werde, geleistet habe. In der kommenden Zeit werden ihm aber noch weit größere Aufgaben zufallen. »Die europäische Kultur trägt trotz aller Verschiedenheit die Bedingungen in sich für eine großartige, mannigfaltige Entwicklung. Die Nationen sind die konstitutiven Bestandteile der kommenden internationalen Gesellschaft.« Um auf diesem Wege weiter zu schreiten, den die wirtschaftliche und soziale Entwicklung geradezu zur gebieterischen Notwendigkeit macht, ist allerdings eine Schulung nötig, die nur aus der gesamten Weiterbildung der Völker selbst, in langsamer zeitlicher Evolution, heraus geboren werden kann. Es ist also absurd, immer wieder dem Gedanken Nahrung zuzuführen, daß der Krieg bei Differenzen unter den Völkern das letzte und entscheidende Wort zu sprechen habe. Allein die unrichtige Auffassung, daß jeder auf den günstigen Augenblick warte, um loszuschlagen, erzeugt die gegenwärtige Stimmung, der wiederum der ungeheuerliche Rüstungswahn insgesamteschuld ist. Die Welt ist das immanente Bedürfnis nach Völkerfrieden heute mehr denn eine bloße Phrase. Wo die Unkultur des Krieges das unschätzbare Gut des Friedens zertrübt, da drängt sich heute, viel stärker als in früherer Zeit, nach Abflauen des Erfolgsrausches, das Bewußtsein mit elementarer Gewalt auf, wie teuer die gepresene Herrlichkeit erkauf ist. Das können wir so recht jetzt wiederum bei den Balkanstaaten beobachten. Wir sind überzeugt, daß einmal eine Zeit kommen wird, da die Völker nicht mehr an diesen erdrückenden Rüstungslasten zu tragen haben werden, da der Krieg wie Pestilenz, Hungersnot und Hexenwahn der Vergangenheit angehören wird.

Noch starrt aber die Welt in Waffen, noch verlangt der Militarismus unerhörte Opfer von den Völkern und kein aufstrebender Geist wird ohne schmerzliche Gefühle sehen können, wie der breit und stets mächtiger dahinflutende Strom der Militärausgaben in Deutschland immer mehr jene goldenen Quellen in sein Bett zwingt, aus denen reiner Kulturgüter befruchtet werden sollen. Nach einer Berechnung des Geheimen Oberfinanzrates Schwarz aus dem preussischen Finanzministerium brachten Deutschland, England, Frankreich, Österreich-Ungarn, Italien, Rußland in dreißig Jahren für militärische Zwecke einhundertvierunddreißigttausend Millionen, also 134 Milliarden auf! In diesen Militärkosten sind fünftausend Millionen Mark enthalten, die Rußland für den Krieg mit Japan, und viertausend Millionen Mark, die England im Burenkriege ausgab. Diese Ziffern zeigen, wie ungeheuer die Rüstungslasten gewachsen sind, obgleich alle Großmächte nicht müde werden, ihre Friedensliebe zu versichern. Eine weitere Vermehrung zeigen die Ausgaben für Heer und Flotte nach dem Staatshaushalt dieser sechs Großmächte für 1912 bis 1913. Geheimher Oberfinanzrat Schwarz zeigt, daß jetzt etwa sechshundert Millionen Mark mehr als im Durchschnitt der letzten zehn Jahre für Militärzwecke aufgewendet werden. Für Deutschland ist dabei die verlangte einmalige Wehrsteuer von tausend Millionen Mark nicht mitgerechnet; ebenso sind hinzuzuzählen rund hundert Millionen Mark für die Verzinsung der zu Rüstungszwecken aufgenommenen Anleihen, wovon die an Militärpersonen zu zahlenden Ruhegehälter. Auch damit sind die unmittelbaren und mittelbaren Aufwendungen des deutschen Volkes für seine Rüstung noch längst nicht erschöpft. Man darf nicht vergessen, daß auch die Gemeinden erhebliche Opfer bringen, indem sie der Militärverwaltung oft unentgeltlich große Übungsplätze und Kasernen zur Verfügung stellen, deren Kosten durch die Steuerkraft der Bürger aufgebracht werden. Dazu treten noch die unberechenbaren Ausgaben der Familien für ihre Söhne in der Form von Zuschüssen für Extraintormen, bei Urlaubsreisen und Unterstützung in bar. Der Staatshaushalt des Reiches balanciert mit 2886 Millionen Mark. Allein die Mehrausgaben für Heer und Flotte beanspruchen hiervon weit mehr als die Hälfte. Als ein Argument zugunsten der Rüstungspolitik wird gerne auf den starken Anteil hingewiesen, welcher der nationalen Industrie an den Rüstungen zufalle, ebenso auf das durch sie in Umlauf gesetzte Kapital, welches im Lande bleibe. Allein dies ist eben zum Teil Blendwerk. Es sind nur einzelne Industrien, die am meisten durch die Rüstungen profitieren. Die Verteilung und Assimilation dieser enormen Kapitalien aber ist weit entfernt, die nützliche zu sein und die Kaufkraft der Völker in der gleichen Weise zu heben, wie es der Fall wäre, wenn diese riesigen Summen der gesamten Volkswirtschaft zustatten kämen. Ob dieser Wettlauf der Rüstungen, der an den Kräfteverhältnissen eigentlich gar nichts ändert, sondern nur einem wütenden Taumel im Kreise um die eigene Achse gleichkommt, jemals ein Ende nehme, hängt im Grunde von der Einbildungskraft der jetzt gängigsten Völker ab. Sie müssen aufhören, sich vor Gespenstern zu fürchten und dazu beitragen, daß an Stelle des Rüstungswahnes die Vernunft tritt.

Rüstungseifrige Preßagenten wollen der Öffentlichkeit Sand in die Augen streuen, daß von dem Militarismus die Volkswirtschaft wesentlich profitiere. Wie bereits oben gesagt, sind es nur einzelne Industrien, während die gesamte Volkswirtschaft nur Schaden davon hat, weil das fortgesetzt in Rüstungsausgaben angelegte Kapital sich der allgemeinen Volkswirtschaft entzieht. Auch die angebliche Verminderung der Arbeitslosigkeit durch die stete Vermehrung des stehenden Heeres ist nur eine fiktive, denn je mehr Mannschaften bei der Fahne festgehalten werden, um so stärker ist auch der Zuzug ausländischer Arbeiter. Außerdem wird die breite Masse durch die vermehrten und von ihr aufzubringenden Militärlasten in ihrer Konsumtionskraft mehr gehindert als gefördert. Ob man gewaltige Kapitalien für Kasernen, Übungsplätze usw. ausgibt oder dafür Wohnhäuser baut, ist volkswirtschaftlich denn doch ein wesentlicher Unterschied. Nun hat kürzlich der Hauptmann im Großen Generalstabe, Henke, über das Geldwesen im Kriege eine Schrift veröffentlicht, in der er die finanzielle Leistungsfähigkeit und Bereitschaft Deutschlands für einen Krieg untersucht. Henke rechnet mit einjähriger Dauer eines Krieges und drei Millionen Soldaten. Da er pro Mann und Tag 10 Mk. Kosten annimmt, ergäbe dies eine Summe von rund 11 Milliarden Mark. Der Verfasser schätzt das deutsche Volksvermögen auf 240 Milliarden Mark und das jährliche Gesamteinkommen des Volkes auf 30 Milliarden Mark. Somit würden nach der Berechnung Henkes die Gesamtkosten eines einjährigen Krieges etwa 5 Prozent des Volksvermögens oder 37 Prozent des jährlichen Volkseinkommens betragen und, sagt der Verfasser, »durch die Ersparnisse von 4 bis 5 normalen Friedensjahren gedeckt werden können«. Ist es auch Wahnsinn, so hat es doch Methode. Ein einjähriger Krieg würde das deutsche Volk zu einer Nation von Bettlern und Landstreichern machen, denn der Hand in Hand damit gehende einjährige Stillstand der Volkswirtschaft, des Welthandels, der Exportindustrie, eine unberechenbare Arbeitslosigkeit, das Wachsen der Staatsschuld, der Stillstand des Zinsen- und Hypothekemarktes, des Verkehrs würden Schäden im Gefolge haben, deren Tragweite sich kaum ahnen, geschweige denn berechnen läßt. Schon das »bischen« Balkankrieg hat eine derartige Unsicherheit in unser Geschäfts- und Erwerbsleben getragen und Stockungen auch in unserer Volkswirtschaft hervorgerufen, daß man sich ungefähr einen Begriff davon machen kann, was es heißen würde, wenn erst die europäischen Kulturnationen mit allem Raffinement der Technik und der Wissenschaft die Mission des Totschlags im großen praktizieren würden. Ein Schreckensbild, bei dem jede menschliche Phantasie versagt. Die indirekten Kosten eines solchen Krieges von einjähriger Dauer würden die berechneten 11 Milliarden Mark dreier Kosten als eine Lappalie erscheinen lassen. Ganz abgesehen von der Vernichtung von Menschen und Kulturwerten. Von einem Hauptmann im Großen Generalstab kann man freilich nicht erwarten, daß er volkswirtschaftlich die Konsequenzen eines Weltkrieges überblickt, denn die Volkswirtschaft gehört nicht zum »Resort« eines Generalstabes. Selbstverständlich rechnet er mit einem siegreichen Ausgang eines Krieges für Deutschland. Was aber, was doch auch im Bereiche der Möglichkeit liegt, wenn Deutschland besiegt werden sollte? Das wäre in jeder Beziehung auf unberechenbare Zeit hinaus der Bankrott.

Zieht man nun gar einen Vergleich mit den Ausgaben für Rüstungszwecke und für die Sozialpolitik des Reiches, so ist es unschwer, sich auszumalen, was das Reich alles für die Volkswohlfahrt tun könnte ohne diese gewaltigen Militärlasten. Dem Reich wäre es möglich, die Leistungen der Arbeiterversicherung zu verdoppeln und trotzdem die gesamten Kosten zu übernehmen, wie an den tatsächlichen Ziffern festzustellen ist. Im Jahre 1910 haben die Kosten unserer Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung 804 Millionen Mark betragen, die Einnahmen bezifferten sich auf rund 950 Millionen Mark. Das Reich gab zu diesen Einnahmen nur 52 Millionen Mark, das übrige wurde aufgebracht durch etwa 430 Millionen Mark Beiträge der Arbeitgeber, rund 366 Millionen Mark der Arbeiter und 110 Millionen Mark Zinsen. Daß selbst von Seiten der christlichen Gewerkschaften ein Stillstand in der deutschen Sozialpolitik beklagt wird, ist in der Hauptsache auf die steigenden Ausgaben des Reiches für den Militarismus zurückzuführen. Er erweist sich überall und auf allen Gebieten als ein Feind der Kultur. Deshalb muß diesem System ständig und mit unablässiger Kritik auf den Leib gerückt und an die sittlichen Eigenschaften der Völker appelliert werden, diesem ruinösen Wettrennen Einhalt zu gebieten. Es muß die Phrase: »Es hat immer Kriege gegeben, es wird also auch immer Kriege geben«, als solche gekennzeichnet werden und das Verständnis der Nationen für diese allen gemeinsame Gefahr erweckt und gefördert werden. An keinem anderen Platze gilt das Wort mehr in seiner buchstäblichen Bedeutung: Friede ernährt, Unfrieden verzehrt.

L. R.

## Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

### Die Arbeitslosigkeit in unserm Verbands.

I.

Die Arbeitslosigkeit ist in unser kapitalistischen Wirtschaftsordnung eine dauernde Erscheinung. Jeder technische Fortschritt, jede neue Maschine macht menschliche Arbeitskraft überflüssig. Mit jedem Jahre steigt die Ziffer der überschüssigen Arbeiter, die nur in der Hochkonjunktur Beschäftigung finden, höher, während die Zahl der offenen Stellen zurückgeht. Ganz besonders zeigt dies das gegenwärtige Jahr, wo wir Arbeitslosenziffern haben, die an das Jahr 1907 heranreichen, das ein Krisenjahr war. Und so brennend ist die Arbeitslosenfrage geworden, daß einsichtige Sozialpolitiker und Kommunen kleine, bescheidene Anläufe gemacht haben, um das Elend und die Not durch städtische Arbeitsnachweise und kommunale Arbeitslosenunterstützung einigermaßen zu lindern. Bedeutet doch das Brachliegen von Tausenden von Arbeitskräften nicht nur eine sinnlose Vergeudung von Werten vom Standpunkt der Menschenökonomie, sondern auch eine soziale, hygienische und moralische Gefahr für die ganze Gesellschaft, wenn große Massen schuldlos und ohnmächtig dem Elend preisgegeben werden.

Die modernen Gewerkschaften haben sofort erkannt, wie ungeheuer wichtig diese Frage ist. Vom Tage ihres Bestehens sind sie bestrebt, die Arbeitsvermittlung systematisch zu regeln. Mittels der Arbeitslosen- und Reiseunterstützung betreiben sie eine Sozialpolitik, die über der des Staates hoch erhaben ist. Denn sie gründet sich auf einen Rechtsanspruch, sie ist kein Almosen und wird in keiner Weise als drückend empfunden, wie die Armenunterstützung, die dem Empfänger seine politischen Rechte nimmt. Und wenn wir alljährlich die Millionen von Mark, die von den freien Gewerkschaften für arbeitslose Mitglieder gezahlt werden, lesen, so können wir uns vorstellen, wie viele Arbeiter vor der äußersten Not und Verzweiflung bewahrt wurden. Allerdings, Grenzen sind auch hier gezogen. Aber sie sind nicht zu suchen in den Organisationen der Arbeiter, sondern in dem Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsweise, deren Mängel und Widersprüche erst restlos beseitigt werden können durch eine höhere Organisation der Gesellschaft.

In folgendem soll die Arbeitslosigkeit in unserm Verband untersucht werden, und zwar verwenden wir die Angaben und Ziffern aus den Quartalsberichten unsres Hauptvorstandes und der einzelnen Mitgliedschaften.

Die neunziger Jahre waren für unsere Kollegen in Bezug auf den Beschäftigungsgrad wohl die besten, die wir jemals hatten. Das zeigt sich schon an den Zahlen der Mitglieder; sie stiegen von 2768 im Jahre 1891 ständig bis 1897 auf 5062, also um 3294. Besonders gut war der Beschäftigungsgrad bei den Lithographen. Es fehlte hier sogar sehr oft an den notwendigen Kräften, so daß eine beträchtliche Zahl von Stellen nicht besetzt werden konnten. Die Folge davon war, daß eine Menge Arbeit zu Hause angefertigt wurde. In Berlin verdienten Lithographen durch Heimarbeit noch 13—28 Mark pro Woche nebenbei.

Am 1. Dezember 1894 waren von 4084 Mitgliedern 219 arbeitslos. Und zwar waren es 28 Lithographen, 182 Steindrucker und 2 Berufsgenossen. 61 Städte hatten keine Arbeitslosen, 9 Städte hatten 18 arbeitslose Lithographen mit 864 Arbeitslosentagen, und in 27 Städten waren 125 Steindrucker mit 8960 Tagen arbeitslos. Im Durchschnitt sind das 58 1/4 Tage. Von den organisierten Gehilfen waren 4 1/2 Proz. arbeitslos. Der Berliner Arbeitsnachweis zeigte vom 1. April 1894 bis 1. März 1895 folgende Ziffern: Lithographen waren arbeitslos 87, verlangt wurden 169,

Stellung erhielten 70. Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit betrug 4 Wochen, zusammen 354 Wochen. Bei den Steindruckern war es bedeutend ungünstiger. Arbeitslos waren 183, verlangt wurden 222, Stellung erhielten 150; insgesamt waren die Steindrucker 1348 Wochen arbeitslos, im Durchschnitt 7 1/2 Wochen.

1895 zählte der Verband 4060 Mitglieder, davon waren arbeitslos am 30. September 125; vom 1. Oktober bis 31. Dezember waren 83 ohne Beschäftigung. Somit waren im September 3 Proz. und im Dezember 2 Proz. arbeitslose Mitglieder vorhanden. Vom 1. April 1895 bis zum 31. März 1896 hatte der Verband 333 arbeitslose Kollegen, verlangt wurden 708, Stellung erhielten nachgewiesen 423; es waren also 285 Stellen vorhanden, die nicht besetzt werden konnten. Aus diesen Ziffern geht hervor, daß der Geschäftsgang gut war. Das ergeben noch klarer die Angaben des Berliner Arbeitsnachweises. Berlin hatte arbeitslose Lithographen 66, verlangt wurden 178, fast dreimal so viel als vorhanden waren, Stellung erhielten 77; insgesamt betrug die Dauer der Arbeitslosigkeit 170 Wochen, im Durchschnitt 2 1/2 Wochen. Steindrucker waren 188 ohne Beschäftigung, verlangt wurden 346 und Stellung erhielten 247; die Dauer der Arbeitslosigkeit betrug 853 Wochen, im Durchschnitt 3 Wochen.

1896 hatte der Verband 4177 Mitglieder, davon waren arbeitslos vom 1. Januar bis 31. März 79 Mitglieder, das sind 1,8 Prozent. Diese Ziffer steigt dann vom 1. April bis 30. Juni auf 103, sinkt aber im nächsten Quartal auf 97 und im letzten Quartal beträgt sie 81, also 1,9 Proz.

1897 war die Zahl der Verbandsmitglieder auf 5062 angewachsen. Der gute Geschäftsgang hielt an, was in den Arbeitslosenziffern zum Ausdruck kam. Vom 1. Januar bis 31. März wurden 83 Arbeitslose gezählt, das sind 1,6 Prozent, vom 1. April bis 30. Juni bezifferte sich die Zahl der Stellensuchenden auf 102 oder 2 Proz. Ganz besonders günstig war der Arbeitsmarkt für Lithographen in Berlin, wo 35 arbeitslos gemeldet waren, indessen 211 verlangt wurden und 62 Stellung erhielten; im Durchschnitt waren hier die Lithographen 2 1/2 Wochen arbeitslos. Steindrucker suchten 195 Stellung, verlangt wurden 323 und Stellung erhielten 223; insgesamt waren die Steindrucker 863 Wochen, durchschnittlich 4 1/2 Wochen ohne Arbeit, also fast doppelt so lange als die Lithographen.

Für die folgenden Jahre war leider eine Gesamtziffer der Arbeitslosen nicht zu ermitteln. Aber im allgemeinen ist eine ungewöhnlich gute Konjunktur zu verzeichnen. Ein reger Absatz chromolithographischer Drucke nach dem Ausland und die aufkommende Postkartenindustrie bewirkten eine starke Nachfrage nach Arbeitskräften, besonders Chromolithographen. 1899 lesen wir schon von »bedauerlichen Preisunterbietungen«. Die Privatlithographie entwickelt sich und mit ihr eine noch nie dagewesene Lehrlingszüchterei, die die Wurzel bildet zu einem Lithographennotstand, von dem schon damals einsichtige Beobachter sprachen. 1900 bestanden in Berlin 44 Privatlithographen. In 83 Geschäften waren 631 Chromo- und 94 Merkantilithographen tätig, also zusammen 725. Denen stand eine Lehrlingszahl von 428 oder 57 1/2 Proz. gegenüber. 1901 waren in den Berliner Privatlithographien 211 Gehilfen und 233 Lehrlinge beschäftigt. In Leipzig kamen auf 138 Gehilfen 149 Lehrlinge; eine Firma beschäftigte sogar bei 13 Gehilfen 33 Lehrlinge. Wie aber auch durch die Heimarbeit die Lage der Lithographen verschlechtert wurde, geht aus folgendem hervor: In einer Berliner Firma hatten zwei Lithographen, die wöchentlich 35 resp. 38 Mark verdienten, durch Heimarbeit noch 60 bis 70 Mark verdient, indem sie in einer Woche 100 braune Platten à 12 Mark mit nach Hause schleppten. Dieses alles mußte zum Gefolge haben, daß bei einem Niedergange des Wirtschaftslebens die Lage des Lithographen trostlos werden mußte.

Um einen Begriff für die Lage des Arbeitsmarktes zu geben, führen wir die Berliner Statistik wieder an. Vom 1. April bis 31. Dezember 1898 hatten sich arbeitslos gemeldet: 13 Lithographen, davon waren aber 4 Nichtmitglieder, sodaß nur 9 Mitglieder ohne Stellung waren; verlangt wurden 116 und Stellung erhielten 20. Die Arbeitslosigkeit betrug zusammen 27 Wochen, die längste Arbeitslosigkeit betrug 6 Wochen bei einem Lithographen; im Durchschnitt betrug die Dauer der Arbeitslosigkeit 2 1/2 Wochen. Steindrucker waren 112 als arbeitslos gemeldet, darunter 14 Nichtmitglieder; verlangt wurden 220 und Stellung erhielten 139. Die Arbeitslosigkeit betrug zusammen 397 Wochen, darunter sind 32 Gehilfen, die je 1 Woche arbeitslos waren und einer mit 23 Wochen Arbeitslosigkeit. Der Durchschnitt der Dauer der Arbeitslosigkeit betrug 3 1/2 Wochen. Die stellunglosen Kollegen waren zumeist junge Kollegen, was daraus hervorgeht, daß unter den Lithographen nur 2 verheiratet und unter den Steindruckern nur 25 verheiratet und 85 ledig waren. Die größere Zahl der besetzten Stellen resultiert daher, daß viele Stellen nicht dauernd waren.

Das Jahr 1900 hatte zu Beginn eine ziemlich große Arbeitslosigkeit in Berlin aufzuweisen. Im ersten Quartal waren 21 Lithographen 13 Wochen arbeitslos, indessen 31 verlangt und 25 Stellen\* besetzt wurden. Bei den Steindruckern war der Arbeitsmarkt noch bedeutend ungünstiger. Es waren arbeitslos gemeldet 117 Steindrucker, die 342 Wochen ohne Stellung waren, im Durchschnitt 2 1/2 Wochen; verlangt wurden aber nur 99, die Zahl der überschüssigen Steindrucker betrug also 18. Seit dem Jahre 1894 ist es das erste Mal, daß die Zahl der Arbeitsuchenden größer ist als die der offenen Stellen. Allerdings ändert sich die Situation am Schluß des zweiten Quartals, in dem nur 2 Lithographen und 28 Steindrucker ohne Stellung waren. Das dritte Quartal verzeichnet 108 arbeitslose Steindrucker mit 302 Wochen Arbeitslosigkeit, das sind im Durchschnitt 2,8 Wochen. Die Zahl der Gemeldeten betrug 85. Lithographen waren ohne Stellung 35, verlangt wurden 39, besetzt wurden 25 Stellen. Das sind schon Symptome einer herannahenden Krisis, über deren Wirkung auf die Gestaltung des Arbeitsmarktes wir in einem weiteren Artikel berichten wollen.

### Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan!

Es sind allerdings 3 Mohren, von denen hier kurz die Rede sein soll, wenn sie auch nicht schwarz aussehen. Sie leben aber in einer schwarzen Gegend, wo sich die politischen und sonstigen Tagesblätter mit samt der bürgerlichen Gesellschaft in fromme Mäntelchen hüllen und in diesem Jubeljahr vor lauter Patriotismus nicht aus der Feststimmung herauskommen. Das kostet nicht viel und ist auch kein Hinderungsgrund, die verbrauchten Mohren zu entlassen.

So ist es in letzter Zeit zwei »Oberrn« und einem technischen Leiter ergangen. Alle drei waren tüchtige Kräfte. Aber sie hatten den Fehler, daß sie auch älter wurden. Zum Teil erlitt sie auch Arbeitsmangel.

Der eine war etwa 7 Jahre lang Oberlithograph in einer rheinischen Kunstanstalt. Bis zu 25 Gehilfen standen unter seiner Leitung. Die Firma ging zurück und der Ober wurde überflüssig und entlassen.

Der Zweite war ebenfalls Oberlithograph. Auch er hatte bis zu 15 Gehilfen zu beaufsichtigen. Die Firma entwickelte sich ebenfalls nach rückwärts, auch genügte ihr der Mann nicht mehr ganz. Er wurde entlassen. 14 Dienstjahre hatte er hinter sich.

Der Dritte war technischer Leiter und erster Photograph in einer chemigraphischen Anstalt. In den 9 Jahren seiner Tätigkeit hat die Firma nichts an seiner Arbeit aussetzen gehabt. Als er eines Samstags von auswärts, wo er für die Firma tätig war, nach Hause kam, wurde ihm sein Lohn und die Kündigung ins Haus gebracht. Ja, es war darin vermerkt, daß er damit auch sogleich entlassen sei. (Die Firma wird in diesem Falle durch einen Gerichtsbeschuß eine Belehrung erfahren.) Die Entlassung selbst war begründet mit — mangelhaftem Können! Ein Kommentar hierzu würde die Wirkung der Tatsachenschilderung nur abschwächen.

Diese Beispiele lehren, daß die Unternehmer auch Leuten gegenüber, von denen sie in den meisten Fällen verlangen, daß sie keiner Organis-



mehr nötig haben. Kurzum, bei den lithographischen Zeichnern ist die Agitation außerordentlich schwer.

Die Entwicklung der modernen Reproduktionsverfahren hat aber mehrere Gruppen graphischer Zeichner geschaffen, und erst seit dieser Entwicklung können wir von einem *Berufe* der graphischen Zeichner reden. Früher lohnte sich nicht, die paar lithographischen Zeichner vom Lithographenberufe abzutrennen.

Unter den neueren Gruppen haben wir zuerst die Modzeichner, die früher ausschließlich »Modellithographen« waren, da sie ihre Arbeiten direkt auf den Druckstock, den Lithographenstein, anfertigten. Diese Arbeitsmethode gibt es heute wohl überhaupt nicht mehr. Arbeiten die Modzeichner für den Steindruck, dann fertigen sie ihre Zeichnungen auf Kornpapier an. Aber es werden heute schon viele Modzeichnungen für den Klischeedruck — Strichätzung oder Autotypie — hergestellt. So wurden die Modzeichner mehr und mehr der Lithographie entfremdet, und nur dort, wo im selben Geschäft Steindruck tätig sind, ist noch eine Verbindung, wenn auch auf Umwegen, mit den Lithographen und ihrer Organisation möglich.

Die Entwicklung der Chemigraphie, die billige Herstellung von Strichätzungen und Stereotypen ermöglicht heute die Verwendung von Zeichnungsdruckwerkzeugen, die früher lediglich in Buchdruck hergestellt wurden. Insbesondere die Tageszeitungen und Zeitschriften eröffneten in ihrem Annoncenteil dem Zeichner ein dankbares Tätigkeitsfeld. Dies haben sich insbesondere die großen Annoncexpeditionen zu Nutzen gemacht. Da die von Zeitungs- und Zeitschriftenverlagen gewährten Annoncen-Rabatte einen bedeutenden Gewinn für die Annoncexpeditionen abwerfen, so können sich diese den Luxus leisten, als besondere Reklame jedem Annoncierenden zeichnerische Entwürfe für seine Annonce zur Verfügung zu stellen. Es gibt Annoncen-Expeditionen, die schon bis 20 Zeichner beschäftigt haben. Mit diesen Annonczeichnern kommen die Lithographen in gar keine Berührung; sie haben also auch keine Gelegenheit, agitatorisch unter ihnen tätig zu sein. Es wird nicht allzu schwer fallen, diese Annonczeichner für die Organisation zu gewinnen, sobald die geeigneten agitatorischen Kräfte am Werke sind.

Außer den in Annoncexpeditionen beschäftigten Zeichnern gibt es noch ein ganzes Heer von Schwarzweiß-Zeichnern die einestils Angestellte chemigraphischer Anstalten, andererseits als Einzelzeichner in Industrieunternehmen, Warenhäusern, großen Spezialgeschäften usw. tätig sind. Da in dieser Zeichnergruppe hauptsächlich tüchtige Schriftzeichner gebraucht werden, ist die Mehrzahl aus der Merkantillithographie gekommen.

Als größte Gruppe gehören die *Reklame-Zeichner* zum Berufe der graphischen Zeichner. Ihre Tätigkeit besteht in der Anfertigung und Ausschmückung der Reklamedrucksachen. Sie sind in den Ateliers der bekannten Reklamekünstler beschäftigt oder suchen als Hauszeichner bei Privatkundschaft ihr Leben zu fristen. Wenn heute an den Anschlagtafeln Plakate, in den Zeitungen Inserate mit den Namen bekannter Reklamekünstler prangen, so haben diese heute in den weitaus meisten Fällen nur ihren Namen dazu hergegeben, während die Zeichnungen selbst durch angestellte graphische Zeichner hergestellt wurden.

Und als letzte und kleinste Gruppe gehören zu den graphischen Zeichnern die *Handkoloristen*, die im Gegensatz zu den Schablonenkoloristen über zeichnerisches Können verfügen müssen. Sie sind insbesondere mit der Koloration von Kupferdrucken etc. beschäftigt. Da auch diese ihren Beruf nicht direkt erlernt haben, so sind sie entweder dort organisiert, wo sie früher tätig waren, oder sie gehören noch keiner Organisation an.

Alle diese Spezialgruppen werden aber nicht nur von männlichen Zeichnern beherrscht, sondern überall spielt auch das weibliche Element eine gewichtige Rolle. Insbesondere haben die Modzeichner mit vielen weiblichen Kräften zu rechnen. Die Modzeichnerinnen scheiden sich nach ihrer wirtschaftlichen Lage in zwei Gruppen. Da sind jene, die das Zeichnen als »Sport« einige Jahre zum Zeitvertreib betreiben und den Verdienst zur Befriedigung höherer Luxusbedürfnisse verwenden, während ihr eigentlicher Lebensunterhalt von den Eltern bestritten wird. Der andere Teil der Zeichnerinnen bedarf seines Arbeitsverdienstes zum Lebensunterhalt. Und dieser Teil ist ebenfalls für unsere Organisation zu gewinnen. Wir brauchen diese Kolleginnen nur darauf hinzuweisen, in welchem Maße jene »Zeichnerinnen aus Sport« die Berufsverhältnisse und insbesondere die Lohnverhältnisse im Berufe herabdrücken.

Wenn die graphischen Zeichner auf dem bisherigen Wege nicht zu organisieren waren, welchen Weg müssen wir dann beschreiten, um das gewünschte Ziel zu erreichen? Wir müssen da zuerst die Agitation unter den graphischen Zeichnern in berufene Hände legen, das heißt in die Hände der Zeichner selbst. Es ist ja auch ein Unding, daß die Lithographen oder Steindrucker die Organisation der graphischen Zeichner vornehmen sollen.

Die vor einiger Zeit aufgenommene Statistik zeigt, daß an fast allen Orten, wo Zeichner beschäftigt sind, auch einige Kollegen organisiert sind. Das sind die für die Zeichneragitation Berufenen! Sie sind von den Mitgliedschaftsvorständen mit der Agitation

zu betrauen und haben dann mit den Zeichneragitationskommissionen der andern in Betracht kommenden Städte in ständiger Fühlung zu stehen. Ihnen ist auch von der Zentrale das notwendige Agitationsmaterial zur Verfügung zu stellen, sowie auch die nötige Anregung zu geben.

Am Sitze der Zentrale besteht bereits seit 3 Jahren eine solche Zeichnerkommission, die ausschließlich aus Zeichnern besteht und die sich lediglich mit der Zeichneragitation zu beschäftigen hat. Deren Erfahrungen können leicht in den Dienst der Gesamtheit gestellt werden. Denn auch bei der Zeichneragitation sind Sondererfahrungen gemacht worden, weil eben auch die Agitationsmethoden bei den graphischen Zeichnern ganz andere sein müssen, als sie heute bei den Lithographen und Steindruckern üblich sind.

## Aus den Sektionen.

**Berlin.** Unsere Mitgliederversammlung vom 22. Oktober beschloß eine freiwillige Sammlung zur Unterstützung arbeitsloser Kollegen am Weihnachtsfest. Dann sprach Kollege Barthel über die vom Hauptvorstand veranstaltete Stafistik, betonte deren Zweck und erläuterte eingehend die dazu dienenden Fragebogen. Von der Lage der bei Privatlithographen beschäftigten Kollegen entwarf hierauf Kollege Czede ein wenig erfreuliches Bild. Seit dem Schluß der letzten Bewegung sind die Privatinstanzen Berlins bemüht, die Lohn- und Arbeitsbedingungen ihrer Gehilfen ständig zu verschlechtern. Begannen sie dies zuerst etwas verschämmt, so haben sie es in letzter Zeit an brutaler Rücksichtslosigkeit nicht fehlen lassen. »Wem nicht paßt, kann gehen!« ist wieder eine beliebte Redensart geworden. Neben Nichtinnehaltung der Mindestlöhne und Verweigerung der Feiertagsbezahlung treibt eine schamlose Lohn-drückerei ihre schönsten Blüten. 14 Tage aussetzen — 1,50 Mk. Lohn weniger, nochmals 14 Tage aussetzen — nochmals 1,50 Mk. Lohn weniger, das ist so System geworden. Begreiflich findet man dieses System, wenn man hört, daß auch Kollegen, die in ihrem Hauptberuf Hausbesitzer oder Inspektor eines Reinigungsinstituts sind, jederzeit bereit sind, ihren Kollegen in den Rücken zu fallen. Wenn die Herren Privatlithographen in dieser Weise vorgehen, so darf uns das nicht weiter wundern, denn sie sind mit ihren Preisunterbietungen, die sie sich bei verschiedenen Firmen gegenwärtig leisten, an der untersten Grenze angelangt. Nach kurzer Diskussion fand folgende Resolution einstimmige Annahme: »Die am 22. Oktober tagende Mitgliederversammlung der Berliner Lithographenfiliale verurteilt auf das schärfste das Bestreben der Privatlithographen, die an sich unzulänglichen Lohn- und Arbeitsbedingungen der Gehilfen unter voller Ausnutzung der Konjunktur noch weiter herabdrücken zu wollen. Sie fordert alle Kollegen auf, alle Kräfte anzuspannen, um dem gewerbeschädigenden Treiben der Zwischenmeister ein Ziel zu setzen. Ferner fordert die Versammlung alle Kollegen auf, soweit sie dem Verbandsverband noch nicht angehören, sich ihm anzuschließen, damit wir im Stande sind, uns erfolgreich der Bestrebungen der Privatlithographen erwehren zu können.« — Alsdann unterbreitete Kollege Czede der Versammlung den Antrag der Mitgliedschaft Mannheim, der eine Urabstimmung über die Gehaltsfrage der Angestellten des Verbandes verlangt. Der erste Diskussionsredner wandte sich gegen diesen Antrag, indem er diese Art der Sparsamkeit als am verkehrten Platze bezeichnete. Wenn wir im Statut unsere Generalversammlung als oberste Instanz bezeichnen und nachher durch eine Urabstimmung ihre Beschlüsse antasten, so würden wir unsren Delegierten ein starkes Mißtrauensvotum ausstellen. Die Generalversammlung in Hamburg im Jahre 1910 hat beschlossen, die Gehaltsregulierung, mit der wir anderen Gewerkschaften gegenüber im Rückstande waren, der nächsten Generalversammlung zu überlassen, zu welcher der Zentralausschuß, der Gau Hamburg und der Hauptvorstand je eine Vorlage ausgearbeitet hatten. Ein Vergleich der Gehaltsskalen anderer Gewerkschaften und Parteinstitutionen mit unsrer Skala zeige, daß sich unsre Skala jedenfalls auf der mittleren Linie bewege. Ein anderer Redner sprach für den Antrag Mannheim und führte zur Begründung aus, daß die letzte Bewegung für uns ungünstig verlaufen und die jetzige Konjunktur schlecht sei, wir also auch keine Veranlassung haben, für unsre Beamten mehr zu tun. Diesem Standpunkt wurde in der weiteren Aussprache mehrfach entgegengetreten und davon abgesehen, eine derartige Konjunkturpolitik mitzumachen, aus der die Unternehmer nur die Berechtigung ableiten würden, in Zukunft jeden Antrag ihres Personals auf Lohnzulage mit derselben Begründung abzulehnen. Schließlich wurde nachstehende Resolution gegen 10 Stimmen angenommen: »Die am 22. Oktober 1913 tagende Versammlung der Berliner Lithographenfiliale lehnt den Antrag der Mannheimer Mitgliedschaft, betreffend Urabstimmung über den Beschluß der Stuttgarter Generalversammlung in der Gehaltsfrage unsrer Verbandsangestellten, ab. Die Berliner Lithographen vertreten die Auffassung, daß Beschlüsse einer Verbandsgeneralversammlung als der höchsten Instanz unsrer Organisation seitens der Mitglieder zu respektieren sind. Der von den Mannheimer Kollegen vorgeschlagene Weg birgt für den Verband sehr gefährliche Konse-

quenzen in sich. Wenn die Möglichkeit bestehen sollte, daß schließlich über alle Beschlüsse einer Verbandsgeneralversammlung, mit denen ein Teil der Mitglieder nicht einverstanden ist, und solche wird es immer geben, eine Urabstimmung herbeigeführt werden kann, so können jederzeit die Arbeiten einer Verbandsgeneralversammlung inhibiert und der Zweck einer solchen vereitelt werden.«



Teil für die Interessen der Stein-, Zink-, Aluminium- und Notendrucker.

## Aus den Sektionen.

**Leipzig.** Unsere diesjährige Erhebung über den Beschäftigungsgrad zeigte, daß die Zahl der Beschäftigten im Leipziger Steindruck wiederum zurückgegangen ist. Während im Jahre 1912 in der gleichen Anzahl Firmen 805 Steindrucker gezählt wurden, waren es im Jahre 1913 nur noch 751. Der Rückgang des Gewerbes kommt aber auch noch durch die Zahl der leerstehenden Arbeitsplätze zum Ausdruck. Im Jahre 1912 standen von den vorhandenen 862 Schnell- und Handpressen 151 leer, 1913 aber waren von 847 Pressen 199 nicht besetzt. Es ergibt sich hieraus, daß trotz der verminderten Zahl der Produktionsmittel ein noch größerer Teil als im Vorjahre nicht in Betrieb war. Diese Verminderung kann auch nicht auf vermehrte Aufstellung von Rotations- oder Offsetpressen zurückgeführt werden, denn diese sind in der Bezirkszeit nur um eine vermehrt worden. Hinzu kommt noch, daß viele Firmen sich durch Aussetzen oder Verkürzung der Arbeitszeit über Arbeitsmangel hinwegzuhelfen suchen. Auch der Notendruck hatte schlechteren Geschäftsgang aufzuweisen. Im Jahre 1912 wurden 249 beschäftigte Drucker gezählt, 1913 nur 233. Während 1912 von 108 vorhandenen Schnellpressen nur 8 nicht besetzt waren, standen 1913 von 110 Schnellpressen 36 still. Die Zahl der Arbeitslosen betrug im Juli 1912 69 Steindrucker und einen Notendrucker mit 847 Arbeitslosentagen, im Juli 1913 aber 75 Steindrucker und 10 Notendrucker mit 1200 Arbeitslosentagen. In den Monaten Januar bis September 1913 waren 347 Steindrucker 9534 Tage und 22 Notendrucker 579 Tage arbeitslos. Der Rückgang, den die Ausfuhr lithographischer Erzeugnisse durch die deutsche Zollpolitik erlitten hat, konnte noch nicht wieder ausgeglichen werden, und es besteht auch wenig Hoffnung, daß dies jemals eintreten wird.



Teil für die Interessen der Chemigraphen Reproduktions-Photographen, Lichtdrucker Kupferstecher und -Drucker.

## Christliche „Taktik“.

Die »Graphischen Stimmen« haben einen feinen Trick erfunden. Bekanntlich nahmen wir in letzter Zeit des öfteren Gelegenheit, uns mit der totalen Unkenntnis des etwas stark zurückgebliebenen graphischen Bruders in Christo in bezug auf die Vorgänge im Chemigraphiegewerbe zu beschäftigen. Mit wahrhaft christlicher Geduld bemühten wir uns, väterlich belehrend den mißratenen Sonderling auf seine falschen Darstellungen hinzuweisen und ihnen Tatsachen entgegenzustellen. Bei der kratzbürstigen Natur unseres Kölner Stiefbruders ging das allerdings nicht ohne einige »Nachdrücke« ab. Nichtsdestoweniger schenkt er an unserer ihm gewordenen Belehrung Gefallen gefunden zu haben und bemüht sich nun, weitere Aufklärung von uns zu erhalten. Sein angeborener Hang zur Großtuerlei verbietet ihm jedoch, sich schon brav fragend über dies und jenes bei uns zu erkundigen, und so wendet er den Trick an, immer neue falsche Behauptungen aufzustellen und ungerühmtes Zeug zusammenzubringen. Auf diesem Wege glaubt er dann wohl sein Manko an Wissen durch den gutmütigen »roten« Bruder auszubessern. Wenn das nun auch nicht ewig so fortgehen kann, wollen wir doch heute noch einmal den vermanschten Quark der letzten »Graphischen Stimmen« wieder richtig machen.

Es wird da nämlich dem Stuttgarter Beschluß zur Gehaltsregulierung die Eiberfelder Resolution gegenüber gestellt und aus letzterer gefolgert, daß unsere Mitglieder die Gehaltsregulierung nicht gutheißen, weil die »Führer untätig« sind. Nun, der Widerstand gegen die Gehaltsregulierung ist wohl in der Hauptsache dadurch hervorgerufen worden, daß die Vorschläge der für diesen Punkt eingesetzten Kommission mit 33 gegen 29 Stimmen angenommen wurden. Diese Zersplitterung war nur möglich, weil noch andere diesbezügliche Anträge vorlagen, vor allen Dingen aber wohl darum, daß infolge eines Versehens nicht vorher im Prinzip überhaupt über die Gehaltsregulierung abgestimmt wurde. Hier wäre die einstimmige Annahme eines Antrages sicher gewesen und damit auch der jetzt eingetretenen Opposition ein gut Teil des Bodens entzogen worden. Vollständig daueben hauen aber die christlichen Vermuter, wenn sie die Gehaltsregulierung mit dem »Mißerfolg« beim Abschluß des Chemigraphentarifs in Verbindung bringen. Es

